

## INTERGLOBAL

SPANIEN

# Euskal ohne Herria

Thorsten Mense

**Am Sonntag wird im Baskenland ein neues Parlament gewählt. Während die linksnationalistische Guerilla ETA auf ihre Weise die Politik mitbestimmen möchte, darf die linke Unabhängigkeitsbewegung erst gar nicht antreten.**

Am kommenden Sonntag sind über 1,7 Millionen Menschen im Baskenland aufgefordert, bei den Parlamentswahlen über die weitere politische Zukunft der autonomen Region zu entscheiden. Einige Optionen stehen jedoch nicht zur Wahl. Zum ersten Mal seit Ende der Diktatur ist die „izquierda abertzale“, die linke Unabhängigkeitsbewegung, komplett von den Wahlen ausgeschlossen.

Umfragen zufolge wird die konservativ-nationalistische PNV des baskischen Ministerpräsidenten Juan José Ibarretxe erneut als Sieger aus der Wahl hervorgehen, gefolgt von der PSE, dem baskischen Ableger der sozialdemokratischen Regierungspartei Psoc. Verluste werden der konservativen PP und den sozialdemokratischen Nationalisten der EA vorrausgesagt. Wie eine mögliche Regierungskoalition aussehen wird, bleibt offen, da bisher keine der drei größten Parteien mit den jeweils anderen paktieren möchte.

Dominiert wird die Diskussion wie so oft in Spanien von der Frage der Nation. Regierungschef Ibarretxe betonte dass „der einzige Punkt im Wahlprogramm der PSE darin besteht, den Nationalismus aus der baskischen Regierung zu verdrängen“. Mariano Rajoy, der Vorsitzende der rechtskonservativen Volkspartei PP, warf hingegen der Psoc vor, sich zur „Krücke“ des Nationalismus zu machen und schrieb seiner Partei den Verdienst zu,

dass diesmal keine Linksnationalisten auf dem Wahlzettel stehen dürfen.

Die eigens für die Regionalwahl gegründete Wahlplattform D3M (Demokratie für drei Millionen - bezogen auf die Bevölkerung des Baskenlandes inklusive des französischen Teils und der spanischen Region Navarra) sowie die Partei Askatasuna (Freiheit) waren im Februar vom Obersten Gerichtshof von der Wahl ausgeschlossen worden. Das Urteil wurde vom Verfassungsgericht bestätigt und Untersuchungsrichter Balatar Garzón legte vergangene Woche nach: Er verbot beiden Organisationen sämtliche Aktivitäten für die nächsten drei Jahre. Vertreter von D3M hatten zuvor die Anhänger der linken Unabhängigkeitsbewegung aufgefordert, mit den bereits gedruckten Stimmentzetteln der Plattform ungültig wählen zu gehen. Nach der Illegalisierung kündigte Iñaki Ullibari, Kandidat für die baskische Region Araba, an, dass D3M weiterhin „in der Kampagne, in den Wahlen und an den Urnen präsent sein wird“. Das Bündnis forderte erneut dazu auf, am 1. März als „Akt des massiven zivilen Ungehorsams“ für D3M zu stimmen. Bei den vergangenen Wahlen stimmten zwischen 12 und 19 Prozent der Wähler für Parteien und Bündnisse der linken Unabhängigkeitsbewegung, die nun keine parlamentarische Vertretung mehr haben wird.

Seit der Verabschiedung des Parteiengesetzes im Jahr 2002 wurden Hunderte Organisationen und Wählervereinigungen von den Wahlen ausgeschlossen. Begründung ist stets die vermeintliche politische Nähe zur ETA, oft wird dabei bereits das Ausbleiben öffentlicher Verurteilungen von Attentaten als „explizite oder stillschweigende politische Unterstüt-

zung“ im Sinne des Gesetzes interpretiert. Die linke baskische Partei Batasuna, die lange Zeit als politischer Arm der ETA galt, wurde auf dieser Grundlage bereits zweimal (2003 und 2006) verboten.

Das Parteiengesetz ist jedoch mittlerweile zum Selbstläufer geworden. Statt eines zumindest formellen Versuchs, Verbindungen zur ETA nachzuweisen, dient die Batasuna nun selbst als Referenz für Verbote. Durch diese Argumentation der Gerichte wird parlamentarische politische Arbeit für die linken Nationalisten unmöglich gemacht. Über das Verbot der Batasuna ist beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ein Verfahren anhängig, auch Amnesty International und die Vereinten Nationen (UN) kritisieren das Parteiengesetz.

## Trotz der ritualisierten Forderungen nach „Unabhängigkeit und Sozialismus“ wird der Kampf für einen baskischen Staat für linke Nationalisten zum Selbstzweck.

Michael Scheinin, UN-Beobachter für Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus, hält die „vagen und allgemein gehaltenen“ Definitionen für geeignet, das Gesetz auf „jede Partei, die mit friedlichen Mitteln ähnliche politische Ziele wie terroristische Gruppen verfolgt“ anzuwenden. In einer „wahrhaft demokratischen Gesellschaft“ sollte der Parteiausschluss aber die „strikte Ausnahme“ sein, erklärte Scheinin Anfang Febru-

ar bei der Vorstellung seines Berichtes über die Lage der Menschenrechte im baskischen Konflikt. Er geht auch auf die oft erhobenen Vorwürfe der unmenschlichen Behandlung gegenüber ETA-Häftlingen ein und fordert die Beendigung der Isolationshaft und des Systems, die Häftlinge über ganz Spanien zu verteilen. Zudem äußerte er sich „tief besorgt“ über die Foltervorwürfe und den Umgang der Behörden mit diesen Anschuldigungen.

Die spanische Regierung liefert mit ihrem Vorgehen denjenigen weitere Argumente, die betonen, dass nur in einem unabhängigen Baskenland die demokratischen Rechte gewährleistet seien. Ob rechtsstaatliche Standards in einem baskischen Staat stärker geachtet würden, ist jedoch fraglich. Kritik an den Parteienverböten kommt fast ausschließlich von den betroffenen Linksnationalisten, bei den übrigen politischen Kräften des Baskenlandes (die ebenfalls in der Mehrheit nationalistisch eingestellt sind) ist sie die Ausnahme. Für die linke Unabhängigkeitsbewegung geht es ohnehin um mehr, sie kämpfen gegen den „sprachlichen und kulturellen Genozid“ (ETA) und für das Recht „dieses Volkes auf freie Selbstbestimmung und Territorialität“, wie die ehemalige Parlamentsabgeordnete und bekannte Vertreterin der „izquierda abertzale“ Itziar Aizpurua auf einer (kurz zuvor verbotenen) Kundgebung gegen das D3M-Verbot in Bilbao erklärte.

Die Repression fast jeglicher linker Politik im Namen der Terrorismusbekämpfung jedoch bringt die nationalistische und die demokratische Bewegung im Widerstand einander näher. Der gleiche Mechanismus hatte schon zu Zeiten der spanischen Diktaturen zu einer Ausbreitung des

Regression statt Kritik:  
Linker Nationalismus als Schutzschild  
gegen die kapitalistische Moderne -  
hier symbolisiert in einem Wandbild  
in San Sebastian.



FOTO: IVANO SCHIANNATO/FELICER

Nationalismus geführt. Er erschwert zudem die Etablierung linker Kräfte, die nicht dem Nationalismus verfallen sind. Wer den linken Nationalismus kritisiert, gilt schnell als Vertreter der spanischen „Apartheid“ (D3M).

Indes sorgt die ETA auch nicht für eine Deeskalation des Konfliktes. Im Dezember hatte sie den Unternehmer Ignacio Uría erschossen, dessen Firma am umstrittenen Hochgeschwindigkeitszug-Projekt TAV beteiligt ist und der sich zudem geweigert hatte, die „Revolutionssteuer“ zu zahlen. Zum Jahresende explodierte vor dem baskischen Fernsehsender EITB, der aufgrund seiner Berichterstattung zum „militärischen Ziel“ deklariert worden war, eine Autobombe. Der letzte Anschlag fand am 9. Februar statt: Wenige Stunden nach Bekanntgabe des Ausschlusses von D3M und Askatasuna von den Wahlen detonierte eine Bombe auf dem Platz der Nationen in Madrid. ETA habe die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bezüglich des Ausschlusses bekräftigt, erklärte Innenminister Alfredo Rubalcaba daraufhin. Zur Verhinderung weiterer Anschläge im Rahmen des baskischen Wahlkampfes wurde vergangene Woche die Anzahl der Antiterror-Polizisten in Madrid verdreifacht.

Die baskische Guerilla ETA existiert seit mittlerweile 50 Jahren, sie war 1959 während der Franco-Diktatur von Studenten und Mitgliedern der Jugendorganisation der PNV gegründet worden. Diese warfen zu einem der (aus dem Exil agierenden) baskischen Traditionspartei PNV Passivität vor, zum anderen konnten sie sich immer weniger mit deren katholisch-konservativem Nationalismus identifizieren. Stattdessen orientierten sie sich an den Befreiungskämpfen in

Kuba und Algerien. Zudem gründete sich die PNV auf den Theorien Sabino Aranas, der von der „Reinheit der baskischen Rasse“ überzeugt war und diese gegen spanische, jüdische und arabische Einflüsse verteidigen wollte. Die ETA ersetzte das Rasse-Konzept durch eine kulturalistischere Variante der ethnischen Selbstbestimmung, in der die Sprache und die Territorialität die Hauptmerkmale darstellen.

In einem Kommuniqué zu ihrem 50-jährigen Bestehen erklärte die ETA Ende Januar erneut ihren Willen, auf „friedlichem und demokratischem Wege“ die Unabhängigkeit zu erreichen. Solange die Bedingungen dafür aber nicht gegeben seien, „werden wir mit allen Kräften und Mitteln weiterkämpfen müssen“. Bisher sind dem „Befreiungskampf“ über 800 Menschen zum Opfer gefallen, darunter mehr als 300 Zivilisten. Auch wenn die ETA behauptet, sich „unaufhörlich aus dem Volk heraus zu reproduzieren“, lehnen Umfragen zufolge über

80 Prozent der Basken Gewalt als Mittel der Politik ab. Insgesamt unterstützen laut Euskobarómetro nur ungefähr 30 Prozent der Bevölkerung die Forderung nach Unabhängigkeit.

Überraschend deutlich betonen die bewaffneten Nationalisten in ihrem Kommuniqué, dass es schon zu Gründungszeiten nicht ihr Ziel war „den Franquismus zu besiegen, sondern das Baskenland zur Freiheit zu führen“. Besonders auf internationaler Ebene waren die Verdienste im antifaschistischen Kampf ein wichtiger Grund für eine gewisse Restsympathie in der Linken. Was ohne diesen Bezug noch übrigbleibt, ist kaum mehr als die Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme des baskischen „Volkes“ am globalen Wettbewerb um Macht und Reichtum. So erklärte die ETA in ihrem jüngsten Kommuniqué, man kämpfe dafür, dem „Baskenland seinen Platz und seine Stimme in der Welt“ zu verschaffen. Neue Staaten wie „Irland, Slowenien, Kroatien, Li-

tauen“ zeigen, dass dies möglich sei.

Trotz der ritualisierten Forderung nach „Unabhängigkeit und Sozialismus“ am Ende jeder Erklärung wird der Kampf für einen baskischen Staat - ungeachtet aller gesellschaftlichen Veränderungen - zum Selbstzweck. Auch Joan Puigercós, Präsident der republikanischen Linken Kataloniens (ERC), betonte neulich, dass zur „Verteidigung der Rechte der Bevölkerung ein Staat notwendig“ sei, vor allem „in diesen Zeiten der ökonomischen Krise“. Der Nationalismus als Schutzschild gegen die kapitalistische Moderne. Die Antwort der linken Nationalisten auf die Krise des Kapitalismus besteht weiterhin nicht in einer den veränderten Verhältnissen angepassten Kritik der Gesellschaft, sondern im Rückzug in den behüteten Schoss der Nation.

Thorsten Mense ist freier Journalist und berichtet für die woxx aus Südamerika und Spanien.